



# märkische linke

DIE ROTE ZEITUNG – DAS MEINUNGSMEDIUM FÜR DEN KREIS OSTPRIGNITZ-RUPPIN

September 2021 – [www.dielinke-opr.de](http://www.dielinke-opr.de)

## Wer Teil des Problems ist, kann nicht die Lösung sein.



*Wenn Sie Parteien wählen, die nicht Ihre Interessen vertreten, vertritt auch niemand Ihre Interessen! Es geht aber auch anders. Mit LINKS.*

**DESHALB RICHTIG ROT WÄHLEN**

**DIE LINKE.**

## Wozu sind Kriege (wie Afghanistan) da?

Diese Frage stellte vor Jahren Udo Lindenberg in einem Song. Der Autor mag die Frage vielleicht etwas rhetorisch gemeint haben, dennoch bringt sie das Problem auf den Punkt. Besonders mit Blick auf Afghanistan – aber nicht nur. Was als Antwort der USA auf die Zerstörung der Twin-Towers im World Trade Center 2001 und Teil des sogenannten Kriegs gegen den Terror begann, endete, wo Kriege immer enden: In einem absoluten Desaster für die Menschen vor Ort. Keines der angeblichen Ziele – egal ob Demokratie, Menschenrechte oder Befreiung der Frauen – wurden wirklich erreicht, kein Problem gelöst, dafür neue geschaffen.

### Krieg ist keine Lösung

Profitiert haben vor allem Rüstungskonzerne, die vermutlich alle Seiten beliefert haben. Und ja, DIE LINKE hat das von Anfang an gesagt und

bei jedem einzelnen Auslandseinsatz der Bundeswehr wiederholt: Krieg ist nicht die Lösung, sondern verschärft Probleme. Und nein, nicht deutsche Interessen wurden am Hindukusch verteidigt, wie der ehemalige SPD-Verteidigungsminister Struck behauptete, sondern Kapitalinteressen. Deshalb war, ist und bleibt die militärische Intervention in Afghanistan grundsätzlich – wie jeder andere Einsatz des Militärs im Ausland auch. Wenn es nicht gelingt, die Lebensbedingungen des afghanischen Volkes so zu verbessern, dass es etwas zu verlieren hat und das sich lohnt, zu verteidigen, wird es keine Lösung der Konflikte im Land geben. Dann wird dieses Land nicht den Frieden haben, den es seit Jahrzehnten braucht.

Deshalb hat DIE LINKE vollkommen zu Recht gefordert: Bundeswehr raus aus Afghanistan und Rüstungsexporte beenden.

### Ortskräfte wurden im Stich gelassen

Aber falls jemand Zweifel daran hatte, ob dieser Krieg gegen den Terror nicht vielleicht doch zum Wohl der Menschen in Afghanistan geführt wurde: Angesichts der Art und Weise des Abzugs der NATO sollte der endgültig eines Besseren belehrt worden sein. Wenn es wirklich um die Menschen gegangen wäre, hätten angesichts des Vormarsches der Taliban vor dem Abzug der Truppen zunächst alle bedrohten Menschen in Sicherheit gebracht werden müssen. So wie es DIE LINKE sehr frühzeitig gefordert hat (unser Antrag wurde Ende Juni im Bundestag abgelehnt). Dass dies ausblieb, ist entlarvend und bezeichnend für das Handeln der verantwortlichen Minister:innen und der gesamten Bundesregierung. Das hektisch beschlossene neue Bundeswehr-Mandat war de facto

der Offenbarungseid. Aber: Es ist dennoch ein Abzugsmandat, was DIE LINKE immer gefordert hat. Dass angesichts der aktuellen Lage vor Ort schwer vorstellbar ist, die Rettung mit rein zivilen Mitteln zu sichern, gehört leider auch zur Wahrheit. Dennoch zeigt sich, dass auch dieses Mandat nicht nur die Folge einer immer wieder verheerend gescheiterten militärischen Logik ist, sondern dieser auch treu bleibt: Es geht zeitlich und räumlich weit über die Absicherung des humanitären Korridors hinaus.

Aus diesem Grund war in dieser Ausnahmesituation für eine übergroße Mehrheit der Mitglieder der Linksfraktion im Bundestag eine Enthaltung in der Abstimmung zum Mandat eine logische Konsequenz – Rettung natürlich, aber endlich ein konsequentes Ende des sinnlosen Kriegseinsatzes.

**Dr. Kirsten Tackmann**  
Mitglied des Bundestags

3

### Impressionen

**Der schönste aller Wahlkreise**  
Anja Mayer gibt Einblicke über ihre Erfahrungen aus dem Wahlkampf

4

### Kommunalpolitik

**Das Jahnbad darf nicht baden gehen**  
Von A bis Z: Von den Plänen der Stadtverwaltung zu den Anwohnersorgen

6

### Augen auf bei der Wahl

**Die Steuerkonzepte im Vergleich**  
Welche Einkommensgruppen wollen die Parteien wie besteuern?





## Sie ahnen es, das ist kein Liebesbrief

Lieber Elon Musk, liebe Landesregierung aus SPD, CDU und Grünen,

die Tesla-Fabrik in Grünheide wird zunehmend zum Problem. Das Brandenburger Umweltministerium teilte am 19.08.2021 mit, dass sich mehr als 600 Personen und Verbände mit Einwänden gegen die Pläne des US-Autokonzerns richten. Die Frist für Einwendungen lief am 19.08.2021 aus. Der Hauptvorwurf ist, dass Tesla bei der jüngsten Auslegung von Unterlagen undurchsichtige Pläne vorgelegt hat. Diese waren großenteils geschwärzt. Somit sind keine transparenten Beurteilungen möglich. Die Batteriefabrik soll an die Grenze eines Wasserschutzgebietes gebaut werden, wo bestimmte Gefahrenstoffe nicht verboten sind.

Das Verhalten von Tesla und der zuständigen Genehmigungsbehörden verhindern eine ordnungsgemäße, effektive und vorbehaltlos transparente Information sowie Beteiligung der Öffentlichkeit.

### Immenser Wasserverbrauch

Einige Initiativen und Verbände fordern erneut einen Baustopp, bis alle umweltstrukturellen Probleme und Gefahren unmissverständlich geklärt sind. Dazu gehören der extreme Wasserbedarf, die Abwasserbehandlung und der Umgang mit potentiellen Störfällen. Tesla hatte für die erste Ausbaustufe seiner Fabrik einen Wasserbedarf von 1,4 Millionen Kubikmetern pro Jahr angemeldet. Das entspricht der gleichen Menge, die die Städte Neuruppin und Kyritz zusammen pro Jahr verbrauchen.

In der kompletten Ausbaustufe wird die »grüne« Fabrik 3,6 Millionen Wasser pro Jahr verbrauchen. Das entspricht dem Jahreswasserverbrauch unseres gesamten Landkreises. Selbst das Leibniz-Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei (IGB) warnt vor desaströsen



Tesla-Milliardär Elon Musk

Auswirkungen auf das Wasser, die solche industriellen Großvorhaben nach sich ziehen. Die kritische Wasserverfügbarkeit und Gewässerbelastung wird sich in den niederschlagsarmen Bundesländern Brandenburg und Berlin weiterhin zuspitzen. In beiden an Gewässern nicht armen Bundesländern sinken die Wasserstände und Grundwasserspiegel stetig.

### Hohe Sulfatbelastung

Tesla hat laut IGB die Einleitung von Sulfat über das Abwasser beantragt. Dies wird die Sulfatkonzentration in Spree und Müggelsee weiter erhöhen. Dort ist sie bereits enorm hoch, was auf stillgelegte Braunkohletagebaue im Spree-Einzugsgebiet zurückzuführen ist.

Das Sulfat-Langzeitmonitoring des IGB zeigt, dass die Sulfatkonzentration im Spree-Oberflächenwasser seit Jahren permanent hoch ist und häufig den Trinkwassergrenzwert von 250 mg pro Liter erreicht. Deshalb ist eine zusätzliche Sulfatbelastung nicht hinnehmbar und gesundheitsgefährdend.

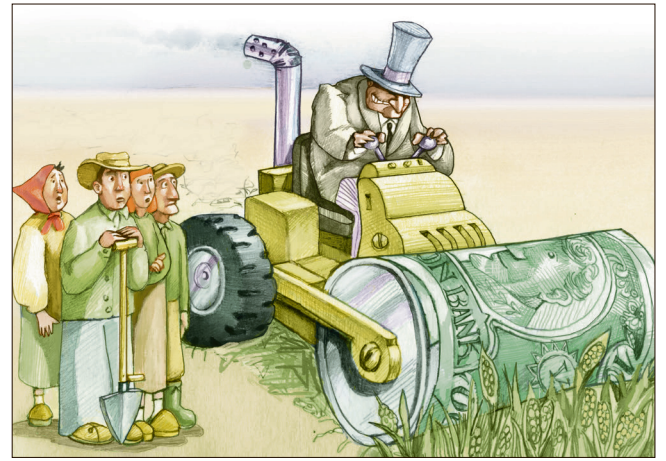
### Stehen Konzerne über dem Gesetz?

Den Sympathisanten einer möglichen Bundesregierung aus CDU und »Grünen« sei gesagt, dass für den Bau der »grünen« Fabrik bisher die Genehmigung nach Umweltrecht fehlt. Das heißt: Der Konzern baut bislang nur mit vorläufigen Zulassungen.

Der CDU-Vorsitzende Laschet hat bereits angekündigt, es zukünftig Umweltverbänden schwerer zu machen, dagegen vorzugehen. Er will im Falle seiner Kanzlerschaft das Verbandsklagerecht beschränken. Das hat der sagenumwobene »grüne« Kapitalist Elon Musk ebenfalls verächtlich grinsend, aber wohlwollend, zur Kenntnis genommen. Nicht viel besser sind die weiteren Vertreter der Brandenburger Landesregierung. SPD, CDU und Grüne sind hier nicht zu unterscheiden.

### Steuergeld für Tesla

Laut dem Baugesetzbuch muss der US-Konzern für die Errichtung einer Fabrik in Grünheide eine Ausgleichszahlung leisten. Damit soll gewährleistet werden, dass der Bau an einer anderen Stelle »ökologisch« kompensiert wird. Inzwischen belaufen sich die Kosten auf rund zwölf Millionen Euro. Diese Summe hat der Konzern nicht selbst gezahlt. Die Brandenburger SPD-CDU-Grüne-Koalition hat diesen Part mit rund acht Millionen Euro übernommen. Das Geld hat die Regierung zweckentfremdet. Das Geld



Das Streben nach Profit, aus Geld mehr Geld zu machen, steht Klimagerechtigkeit im Weg.

stammt allerdings aus einer besonderen Quelle: Es handelte sich um altes DDR-Staatsvermögen, also Steuergeld. Der zweckentfremdete Fond ist eigentlich zur Finanzierung von sozialen Projekten in Brandenburg eingerichtet worden.

### Es gibt keinen »grünen« Kapitalismus

Der Kapitalismus ist in seinem Wesen unsozial und ressourcenerstörend; egal um welchen Lebensbereich es geht. Scheinbar hippe batteriebetriebene Fahr- und Fluggeräte werden unsere Umwelt nicht retten. Sie werden die Umwelt noch mehr zerstören und die soziale Ungleichheit in der Welt forcieren.

Die Rohstoffe für den Batteriebetrieb kommen nicht aus Europa und Nordamerika, sondern aus Regionen in Mittelamerika, in Südamerika, in Afrika, in Asien; welche in Abhängigkeit der Wirtschaftsmächte stehen. Bei der Rohstoffgewinnung werden Umweltschutz, Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz, Kinderschutz und Menschenrechte missachtet. Es geht um »grün«-kapitalistischen Profit auf Kosten der Menschen und Lebensräume vor Ort.

### Das ist nicht nachhaltig

Die »Grünen« vergessen weiterhin, dass die CO<sup>2</sup>-Bilanz der Herstellung einer einzelnen leistungsfähigen Autobatterie der 222.000-Kilometer-Laufleistung eines Dieselmotors entspricht. Jetzt einseitig die E-Batterie durchdrücken zu wollen, lässt nur die schwarz-»grüne« Subventionierung der deutschen Automobilindustrie vermuten. Andere, möglicherweise preiswertere und nachhaltigere Antriebstechnologien ideologisch borniert auszuschließen, ist schlichtweg nicht nachhaltig und wirft viele Fragen auf. Was passiert mit dem giftigen Batterie-Müll am Ende der Laufzeit? Soll unser Wohlstandsmüll wirklich in den globalen Süden gepumpt und somit dortige Lebensräume für ganze Generationen zerstört werden? Aber warum sollte das die scheinheiligen »Grünen« kümmern? Die Probleme in der Ferne können sie weder hören noch sehen, geschweige denn riechen.

Marco Liebsch



# Es ist der schönste Wahlkreis in der Bundesrepublik

Seit Wochen reise ich kreuz und quer durch den Bundestagswahlkreis Prignitz, Ostprignitz-Ruppin und Havelland. Ich kann feststellen, dass es nicht nur flächenmäßig einer der größten Wahlkreise ist, sondern auch der mit Abstand schönste.

Meine Reise führte mich zu Amtsdirektoren, Bürgermeistern und Kommunalpolitiker:innen, zu Vereinen und Verbänden, zu Institutionen, zu kulturellen und sozialen Einrichtungen sowie zu Bildungseinrichtungen. Es ist beeindruckend, diese vielen engagierten Menschen kennenzulernen, ihnen zuzuhören und gemeinsam über Lösungen für Probleme und Herausforderungen nachzudenken.

## Ein lebenswerter Brandenburger Nordwesten

Alle eint ihr Engagement für diese Region. Viele brachten aber auch ihre Sorge zum Ausdruck, dass die Region abgehängt wird, dass die Angebote für den öffentlichen Personennahverkehr weiter eingeschränkt, statt notwendigerweise ausgebaut werden. Man betrachtet mit Sorge die zunehmenden Schwierigkeiten bei der ambulanten ärztlichen und der pflegerischen Versorgung. Hier möchte ich mich verstärkt einbringen, Initiativen bündeln und aktiv unterstützen. Der Ausbau der Bahnangebote und die Reaktivierung stillgelegter Strecken, wird ent-

scheidend vom Bund und der Deutschen Bahn AG bestimmt - zurzeit aber eher gehemmt. Ich werde entschieden darum streiten, dass man halbstündlich mit dem RE 6 und dem RE 2 direkt nach Berlin fahren kann, dass die Angebote der sogenannten Nebenstrecken ausgebaut werden, dass Bahnhöfe und Haltestellen reaktiviert werden und dass die Zubringerbusse und Bahn ihre Taktung angleichen.

## Gesundheit endlich sozial denken

Die ärztliche und pflegerische Versorgung muss gesichert werden. Ich werde darum kämpfen, dass die sektoralen Grenzen zwischen ambulanter und stationärer Versorgung abgebaut werden. Dazu bedarf es einer Reform der Sozialgesetzbuches. Krankenhäuser gehören in öffentliche Hand und sind Teil der Daseinsvorsorge. Das bedeutet für mich: Das Fallpauschalensystem muss überwunden werden, wenn die Gesundheit der Menschen in den Mittelpunkt gestellt werden soll und nicht der wirtschaftliche Erlös. Die Attraktivität des Pflegeberufes muss weiter erhöht werden. Anständige Löhne und attraktive Arbeitszeitmodelle sind genauso notwendig, wie der Abbau von bürokratischen Hürden bei der Integration von Pflegekräften mit Migrationshintergrund. Die medizinische Hochschule in Neuruppin ist ein Erfolgsmodell und wird durch mich aktiv unterstützt. Die Schulgesundheitsfachkräfte gehören an jede Schule und müssen bundesweit gesetzgeberisch implementiert werden.

## KlimaGERECHTIGKEIT

Ich möchte einen Dialog vorantreiben, um die dringend notwendigen Klimaziele zu erreichen und die berechtigten Sorgen der Windkraftkritiker:innen zu berücksichtigen. Mir geht es um Partizipation der Bürger:innen beim Ausbau der regenerativen Energien – finanziell wie auch bei der Entscheidung zu Standorten. Der Energiewandel darf nicht auch noch von denen bezahlt werden, die dadurch Einschränkungen in ihrer



**Neuruppin.** So macht Wahlkampf Spaß! Gemeinsam mit den Wahlhelfer:innen haben wir unsere Wahlplakate präsentiert.



**Flecken-Zechlin.** Mit Petra Pau und Kirsten Tackmann war ich zu Gast in der Jugendbildungsstätte. Danke für das Gespräch!

Lebensqualität erfahren. Oder um es ganz deutlich zu sagen: Nicht die Privathaushalte, sondern die Konzerne müssen zahlen!

## An der Seite der Engagierten

Ich werde mich intensiv um Fördergelder und Unterstützung bemühen, für die vielen so wunderbar kreativen Kunst- und Kulturschaffenden, für die vielen Sportvereine und den engagierten Vereinen und Verbänden in der Sozial- und Jugendarbeit. Beeindruckt haben mich besonders die Akteurinnen des Neuruppiner Frauenhauses. Die notwendigen Gelder des Bundes für den Um- und Ausbau dieser Einrichtung müssen schnell freigegeben werden.

## Viele Hausaufgaben mitgenommen

Mein Notizbuch ist in den letzten Wochen eng beschrieben worden. Mit Adressen, Telefonnummern, Kontakten und vor allem, mit Problemen und Anregungen. Es ist viel zu tun. Ich bin dazu bereit und würde mich über Ihre Unterstützung freuen.

**Anja Mayer**

Kandidatin der Partei

DIE LINKE im Wahlkreis 56

Prignitz – Ostprignitz-Ruppin – Havelland I



**Freyenstein.** Gemeinsam mit Dr. Kirsten Tackmann besuchte ich das Freibad in Freyenstein. Sehr eindrucksvoll!



**Kyritz.** Wir haben die Ungerechtigkeiten auf dem Arbeitsmarkt thematisiert. Es braucht endlich armutsfeste Löhne & Renten!



**Neuruppin.** Dem Frauenhaus überreichten wir eine Spende von 500 Euro. Ihre Arbeit ist unerlässlich und muss mehr gefördert werden.



# Stadtpark und Jahnbad dürfen nicht baden gehen



Das Jahnbad ist Erholung und Abkühlung zugleich: DIE LINKE trat mit den Anwohner:innen in den Dialog.

**G**roßes Unverständnis über jahrelanges Fast-Nichtstun und die Sorge um den Erhalt des Jahnbades waren circa 15 Bürger:innen so wichtig, um sich auf den Weg zu einem Treffen mit den Mitgliedern der Linksfraktion in der Stadtverordnetenversammlung zu machen.

## Der Vorschlag der Stadtverwaltung

Diesem Treffen ging eine gut besuchte Einwohnerversammlung der Stadtverwaltung voraus, die die Bürger:innen jedoch recht ratlos bis besorgt zurückließ. Die Zuhörer nahmen an, dass eine Sanierung des Jahnbades ausschließlich mittels eines privaten Investors gelingen könne. Dieser solle aber ebenfalls den vorgelagerten Stadtpark mitentwickeln können, damit es für ihn auch lukrativ ist, zu investieren.

Ein Planungsbüro entwickelte drei mögliche Szenarien, bei denen sich die Initiative zur Sanierung des Jahnbades für einen privaten Investor lohnen würde. Das vorgestellte Szenario 3 sieht beispielsweise unter anderem eine Campingplatzanlage, feste Bungalows und einen Caravan-Stellplatz vor.

## Kommt ein Investor?

Ob ein möglicher Investor diesen Vorschlägen folgt oder ganz eigene Ideen mitbringt, weiß zum jetzigen Zeitpunkt noch niemand. Zunächst soll über ein Interessensbekundungsverfahren herausgefunden werden, ob überhaupt

jemand Interesse hat, das Jahnbad zu sanieren und das vorgelagerte Areal zu entwickeln. Die Kriterien zur Bewertung der Interessensbekundungen wurden ebenso vorgestellt und erläutert, wie die gesetzlich festgeschriebene Möglichkeit der Mitwirkung und Mitbestimmung durch Bürger:innen bei der Aufstellung eines Bebauungsplanes.

## Befürchtungen der Anwohner

Jedoch haben die Bürger:innen einige Sorgen mehr als die Mitwirkung beispielsweise bezüglich der Zuwegung zu Häusern und Gärten, der sozial verträglichen Eintrittspreisgestaltung oder des Seewanderweges.

Sie befürchten zum Beispiel Rodungen, die Vernichtung von Lebensraum für Pflanzen und Tierarten, die es in Neuruppin so wohl nur im Stadtpark gibt. Sie machen sich Gedanken darum, ob die Sportvereine das Jahnbad dann noch zum Trainieren oder für Wettkämpfe nutzen können oder ob es dann überhaupt nicht mehr möglich sein wird. Sie wollen bei ihren Spaziergängen oder dem Blick aus ihrem Haus auf die reiche Pflanzen- und Tierwelt anstatt auf Parkplätze, Caravans und Zelte schauen.

## Fragen und Unverständnis

»Warum wurde so lange nicht von Seiten der Stadt in die Sanierung des Jahnbades investiert?«, »Warum muss man einem Investor noch Areal dazugeben?«, »Können wir da überhaupt nichts mehr machen?« und »Wir wollen überhaupt keinen

Campingplatz vor unserer Haustür!« waren einige der Fragen und Äußerungen. Ronny Kretschmer (DIE LINKE) legte dar: »Bereits seit drei Wahlperioden beschäftigt die Sanierung und somit die Zukunft des Neuruppiner Jahnbades die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung. Kontinuierlich werden Mittel für die Instandhaltung des Jahnbades in den Haushalt der Fontanestadt eingestellt. Für die notwendige, gründliche Sanierung reicht das Geld jedoch nicht annähernd aus.« Dass ein entsprechender Antrag, Geld in den Haushalt einzustellen vor zehn Jahren keine Mehrheit bekam, ließ einigen der Zuhörer scharf die Luft zwischen den Zähnen entweichen.

## Welche Alternativen denkbar sind

Einig waren sich alle Anwohner:innen, die zu diesem Treffen kamen: »Wir wollen hier keinen Campingplatz im Stadtpark!« sowie »Es muss auch ohne privaten Investor gelingen, etwas für die Sanierung des Jahnbades zu tun!«

Es war die Rede von einer Bürgerinitiative, die aktiv werden müsse und Wege finden könnte, über Fördergelder zum Beispiel des Denkmalschutzes und über Crowdfunding zusätzliches Geld zusammen zu bekommen und im Dialog mit Stadtverordneten und Stadtverwaltung zu bleiben.

## Ausblick

Für dieses Treffen gingen wir zunächst mit der Gewissheit auseinander, dass es ein langer und intensiver Prozess sein wird, den wir begleiten und mitgestalten. Dranbleiben, mitdenken, Ideen

entwickeln und miteinander reden ist und bleibt wichtig, wenn es um die Themen unserer Stadt und der Gemeinschaft geht. Dass es möglich ist, gemeinsam und im Dialog an der Entwicklung unserer Stadt mitzuwirken, hat dieses Treffen eindrücklich bewiesen. Nun heißt es: »Nicht müde werden – nicht lockerlassen!«

Wir, die Mitglieder der Fraktion, versprachen den Anwesenden unsererseits, stets gesprächsbereit zu bleiben, die Interessen der Bürger:innen in der Stadtverordnetenversammlung bei Entscheidungen und Anträgen weiterhin mitzutragen und zu berücksichtigen und sie zu informieren, wenn bei öffentlichen Terminen das Thema »Jahnbad« auf der Tagesordnung steht.

**Cornelia Böhme**

*Stellvertretende Vorsitzende der Linksfraktion Neuruppin*

## Website der Linksfraktion im Kreistag ist online



Nach langer Arbeit ist unsere Website nun endlich fertig. Wir freuen uns,

Ihnen unseren neuen Internetauftritt präsentieren zu können. Wir möchten Sie so auf unsere Arbeit und Initiativen im Kreistag aufmerksam machen und allen Interessierten einen leichten Zugang zu Informationen anbieten. Scannen Sie einfach den roten QR-Code mit ihrer Smartphone-Kamera. [www.linksfraktion-opr.de](http://www.linksfraktion-opr.de)



## AKTIV WERDEN

# WIR EINFACHEN BÜRGER KÖNNEN DOCH EH NICHTS MACHEN ... ?!

Das alles und noch viel mehr kannst DU machen ... als	Einwohner:in	Sympathisant:in	Mitglied
Abgeordnete ansprechen beziehungsweise anschreiben zu Fragen, Ideen, Sorgen und Wünschen	✓	✓	✓
Gespräche, Unterstützung und Rat einholen:			
• in unseren Geschäftsstellen (mit Mitgliedern sowie den Abgeordneten von Kommunal- bis Bundespolitik)	✓	✓	✓
• auf Ihren Wunsch und nach Absprache bei Ihnen	✓	✓	✓
Als Gast an öffentlichen Sitzungen teilnehmen:			
• Gemeinde-/ Stadtverordnetenversammlungen (StVV)	✓	✓	✓
• Ausschusssitzungen der StVV und des Kreistages	✓	✓	✓
• Kreistagssitzung	✓	✓	✓
• Stadt-/Regionalvorstandssitzungen DIE LINKE	✓	✓	✓
• Kreisvorstandssitzung DIE LINKE. Ostprignitz-Ruppin	✓	✓	✓
• Kommunale Fraktionssitzungen DIE LINKE	✓	✓	✓
Mitglied in Beiräten (Gleichstellungs-, Senioren-, Behinderten-, Kinder- und Jugend- oder Kulturbeirat)	✓	✓	✓
als (von einer Fraktion bestellter) sachkundiger Einwohner in den Sitzungen der StVV und des Kreistages teilnehmen, Fragen stellen, Meinung äußern etc. (nicht stimmberechtigt)	✓	✓	✓
Teilnahme an Einwohnerversammlungen, Bürgerentscheiden und Wahlen	✓	✓	✓
an Festen, Feiern, Veranstaltungen, Demos und Aktionen teilnehmen	✓	✓	✓
unsere Zeitung »Märkische Linke« (ML) sowie unseren Newsletter erhalten, lesen und ggf. verteilen	✓	✓	✓
sich für die Wahlen in die Kommunal-, Landes-, Bundesvertretungen aufstellen lassen	✓	✓	✓
als gewähltes stimmberechtigtes Mitglied an den jeweiligen Sitzungen (öffentlicher und nicht-öffentlicher Teil) teilnehmen, mitgestalten und mitentscheiden:			
• Gemeinde-/ Stadtverordnetenversammlungen		✓	✓
• Kreistagssitzung		✓	✓
• Ausschusssitzungen der StVV und des Kreistages		✓	✓
• Stadt-/ Regionalvorstandssitzungen DIE LINKE		✓	✓
• Kreisvorstandssitzung DIE LINKE		✓	✓
• Kommunale Fraktionssitzungen DIE LINKE		✓	✓
als Vorstandmitglied in den Regional-, Stadt- Kreisverbänden der Partei DIE LINKE mitgestalten und mitentscheiden			✓
als Delegierte:r auf Landes- und Bundesparteitag die Politik der Partei DIE LINKE mitentscheiden			✓
Teilnahme an Kreisparteitagen			✓

## Sie haben zwei Stimmen

Die Wahlkreisbewerber (Direktkandidaten) befinden sich auf der linken Seite des Stimmzettels (**Erststimme**) unter Angabe der Personalien des Bewerbers sowie des Namens der Partei oder der Bezeichnung »Einzelbewerber«.

**Mit dieser Erststimme entscheiden Sie, welcher der Kandidaten direkt in den Bundestag einzieht. Es erhält nur derjenige den Sitz, der die meisten Erststimmen im Wahlkreis auf sich vereinigt.**

Die Landeslisten befinden sich auf der rechten Seite des Stimmzettels (**Zweitstimme**)

unter Angabe des Namens der Partei sowie der Familiennamen und Vornamen der ersten fünf Bewerber der zugelassenen Landeslisten. **Mit dieser Zweitstimme entscheiden Sie über die Sitzverteilung, also über die Mehrheitsverhältnisse, im Bundestag. Nicht vergessen: Je stärker DIE LINKE umso sozialer das Land.**



# Wer von den Steuerplänen der Parteien profitiert und wer verliert

Angaben in Euro für das Jahr 2022	Tarif „SPD*“	Tarif „Grüne“	Tarif „Linke“	Tarif „FDP“	Tarif „CDU/CSU*“
<b>Bruttojahresgehalt eines Singles</b>					
Veränderung der Steuerlast Entlastung (-) / Belastung (+)					
Gering (25.000 Euro)	-64	-98	-1.074	-592	-296
Mittel (50.000 Euro)	-120	-98	-1.052	-2.484	-617
Hoch (80.000 Euro)	-77	-98	98	-5.199	-710
Sehr hoch (150.000 Euro)	1.940	998	7.724	-6.129	-710
<b>Alleinerziehende/r, 1 Kind</b>					
Veränderung der Steuerlast Entlastung (-) / Belastung (+)					
Geringes Einkommen (25.000 Euro)	-49	-98	-918	-261	-158
Mittleres Einkommen (50.000 Euro)	-113	-98	-1.121	-2.107	-575
Hohes Einkommen (80.000 Euro)	-136	-98	-643	-3.997	-706
Sehr hohes Einkommen (150.000 Euro)	1.573	631	6.377	-6.129	-710
<b>Ehepaar</b>					
Veränderung der Steuerlast Entlastung (-) / Belastung (+)					
Geringes Einkommen (25.000 Euro)	zahlt keine Steuern				
	0	0	0	0	0
Mittleres Einkommen 1 (50.000 Euro)	-134	-196	-2.164	-1.274	-614
Mittleres Einkommen 2 (80.000 Euro)	-214	-196	-2.262	-3.682	-1.078
Hohes Einkommen (150.000 Euro)	-112	-196	450	-10.602	-1.420
<b>Ehepaar mit zwei Kindern</b>					
Veränderung der Steuerlast Entlastung (-) / Belastung (+)					
Geringes Einkommen (25.000 Euro)	zahlt keine Steuern				
	0	0	0	0	0
Mittleres Einkommen 1 (50.000 Euro)	-134	-196	-2.164	-1.284	-616
Mittleres Einkommen 2 (80.000 Euro)	-214	-196	-2.262	-3.696	-1.080
Hohes Einkommen (150.000 Euro)	-272	-196	-826	-9.096	-1.420

\*Werte folgen aus Annahmen des IW zur Ausgestaltung des Wahlprogramms  
 Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

## Steuerkonzepte unter der Lupe

Was für ein Vergleich! Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) stellt alle Steuerkonzepte der demokratischen, im Bundestag vertretenen Parteien gegenüber. Da soll noch einmal jemand sagen, dass sich die Parteien nicht von einander unterscheiden!

### SPD will ganz wenig Umverteilung

- An ein paar Stellschrauben wollen die Sozialdemokraten drehen. Doch unterm Strich ist das einfach zu wenig, um die wachsende Schere zwischen arm und reich zu schließen.

### Die Grünen wollen keine Gerechtigkeit

- Von sozialer Gerechtigkeit ist im Konzept der grünen Partei herzlich wenig zu spüren. Im Kern sind die Be- und Entlastungen so gering, das sich am bestehenden System nahezu nichts ändern wird: Arme bleiben arm, Reiche bleiben reich.

### DIE LINKE will untere und mittlere Einkommen am stärksten entlasten

- Im Vergleich wird deutlich, dass einzig und allein DIE LINKE sich das Wort »Steuergerechtigkeit« auf die Fahne schreiben lassen kann. Sie will, dass die hartarbeitenden Menschen steuerlich endlich besser gestellt werden und gleichzeitig die Superreichen, deren Vermögen im Zuge der Coronakrise massive Zuwächse erhielten, mehr zur Finanzierung des Gemeinwohls beitragen.

### FDP und Union führen die Wähler:innen an der Nase herum

- Das ist wirklich frech. Liberale und Christdemokraten versprechen allen Einkommensgruppen Steuererleichterungen. Dass dies, gerade wegen der noch nicht kalkulierbaren Kosten der Coronakrise, eine extreme Wählertäuschung ist, liegt klar auf der Hand.

## Gedanken zum 80. Jahrestag der Blockade Leningrads

Am 08. September jährte sich der Jahrestag des Beginns der Blockade Leningrads zum 80. Mal. Die deutsche Wehrmacht schloss das ideologische Zentrum der Sowjetunion (Ort der Oktoberrevolution) im Zuge des Vorrückens an der Ostfront ein, und belagerte die Stadt 872 Tage in Folge.

### Ein Verbrechen der Wehrmacht

Das Oberkommando der Wehrmacht setzte seinen Willen gegen Hitler durch: Die Stadt solle ausgehungert werden, da eine Versorgung der Bevölkerung und der Soldaten der Roten Armee dem Reich als Besatzungsmacht nur im Wege stehe. So viel zum Mythos, dass die Wehrmacht keine Kriegsverbrechen begangen habe.

In Folge der Belagerung spielten sich dramatische Einzelschicksale ab: Der unvorstellbare Hunger, die permanente Bombardierung durch Granaten und Fliegerbomben, sich rasch ausbreitende Krankheiten, unmenschliche Kälte und breite Hoffnungslosigkeit zerrten an den Kräften der Einwohner:innen. Und das beinahe 29 Monate.

Die deutschen Faschisten waren erbarmungslos. Sie warfen



als Lebensmittelpakete getarnte Bomben ab, die mit Zeitzündern versehen waren und explodierten, sobald sich nach kurzer Zeit eine fast verhungerte Menge sowjetischer Zivilist:innen näherte, mit der Hoffnung, tatsächlich Nahrung zu erhalten.

Die Einwohner:innen wurden durch die Aushungerung der Nazi-Streitkräfte gezwungen, unmenschliches zu tun. Alles damit sie überhaupt überleben konnten. Kannibalismus sowie Mord und Totschlag breitete sich aus. Die Rahmenbedingungen waren so entsetzlich furchtbar, dass gar Mütter ihre jüngsten Kinder opferten, damit die verbliebenen Kinder etwas zu essen hatten, auch wenn es eine wässrige Suppe war, die

auf die Basis von menschlichem Fleisch fußte.

Ja, das waren die ganz realen Folgen dieses Vernichtungskrieges. Dessen allgegenwärtiges Bewusstsein ist in jeder russischen Familiengeschichte tief verwurzelt. Gewalt, Hunger und Tod gehörten zu den täglichen Erfahrungen im Krieg gegen die Sowjetunion.

Es ist bemerkenswert, dass die Einwohner:innen der ehem. Sowjetunion den deutschen Nachkommen für die ungeheuerliche Gewalt und Zerstörungswut ihrer Vorfahren verziehen haben. Umso trauriger ist es, dass in vielen politischen und geostrategischen Debatten, die Konfrontation mit Russland wieder offensiv gesucht wird.

*Justin König*



### Aufgelesen

#### PFLEGENOTSTAND

ES GEHT UM KOSTEN  
AUF KOSTEN DER MENSCHEN

*Janina Niemann-Rich*  
Lyrikerin

### Unsere Kontoverbindung für Spenden und Einzahlungen

DIE LINKE. Ostprignitz-Ruppin  
IBAN: DE47 1606 1938 0001 6323 61

BIC: GENODEF1NPP

Raiffeisenbank  
Ostprignitz-Ruppin eG

Verwendungszweck:  
Wahlkampfunterstützung

Bitte geben Sie Ihren  
Namen und Ihre Adresse an.



# Filmvorführung: »Markt macht Medizin«

In Neuruppin wurde eine ARD-Reportage gezeigt, die erschreckende Beispiele offenbarte, was passiert, wenn Kliniken nach ausschließlich marktwirtschaftlichen Prämissen betrieben werden.

## Fallpauschalen gehören endlich abgeschafft

Fast alle Parteien beklagen den Pflegenotstand. Dabei lassen sie nur meist unerwähnt, dass die Schieflage hausgemacht ist. Die Ursache liegt in dem 2003 eingeführten Fallpauschalen-System. Diese legen für sämtliche Diagnosen eine fixe Entlohnung fest. Das befördert die Kommerzialisierung privater wie öffentlicher Klinikbetriebe. Es ist das Gegenteil von ärztlicher Fürsorgepflicht.

Es ist das Ziel, immer mehr Fälle in immer kürzerer Zeit abzuwickeln und vermehrt Behandlungen durchzuführen, die hohe Fallpauschalen versprechen. Operationen werden gut entlohnt, während die mit 30 Euro dotierten Notfallaufnahmen für die Kliniken von vornherein Verlustgeschäfte darstellen. Am anderen Ende der Fahnenstange werden Schwerverletzte zu mehreren Kliniken transportiert, bis sie irgendwo aufgenommen werden. Da fragt sich mancher: Wie viel ist ein Menschenleben wert? Was die Arbeit von Ärzten und Pflegepersonal? Geht es nur darum, dass die Rendite stimmt?

## Wie sieht es momentan aus?

Profit geht vor medizinischer Versorgung. Der Patient ist die Ware mit dem Profit gemacht wird. Kliniken werden kaputtgespart, der kapitalistische Wettbewerb bestimmt das Gesundheitswesen und da geht es einzig und allein um Profitmaximierung: Abteilungen, die kein Geld bringen, werden heruntergefahren, während lukrative Bereiche, wie Hüft-Operationen, ausgebaut werden. In der ARD-Reportage kamen Patienten, Angehörige, Angestellte im Gesundheitswesen, aber auch Politiker, die eine Abkehr vom rein betriebswirtschaftlichen Krankenhaus fordern, zu Wort.

## Gesundheitsversorgung richtig denken!

DIE LINKE setzt sich dafür ein, ein solidarisches, gerechtes und barrierefreies Gesundheitssystem, in dem die Versorgung der Patient:innen im Mittelpunkt steht, zu schaffen. Gesundheit darf nicht weiter zu einem Markt verkommen, auf dem die Profite mehr zählen als die Menschen: Statt immer weiter zu privatisieren, muss Gesundheit als Teil des Sozialstaats öffentlich organisiert werden.



Die Ökonomisierung des Gesundheitswesens steht nicht nur einer guten Versorgung, sondern auch guten Arbeitsbedingungen der Beschäftigten entgegen! Wir setzen auf eine solidarische Gesundheitsversicherung, in die alle einzahlen. Die Zwei-Klassen-Medizin wollen wir überwinden.

Es ist Zeit für einen Systemwechsel in der Krankenhauspolitik, der sich am Gemeinwohl orientiert und den ökonomischen Druck von den Krankenhäusern und dem Personal nimmt. Der Zweck eines Krankenhauses ist nicht, Profite zu erwirtschaften, sondern die Bevölkerung bedarfsgerecht zu versorgen. Bestmögliche gesundheitliche Versorgung ist ein Menschenrecht!

**Ines Nowack**  
Kreisvorsitzende

## Wir sind für Sie da!

### DR. KIRSTEN TACKMANN

Bundestagsabgeordnete, agrarpolitische Sprecherin, Obfrau im Ausschuss für »Ernährung und Landwirtschaft«  
Tel: 030 22774309 Fax: 030 22776308  
Mobil: 0173 3804592  
www.kirsten-tackmann.de

Wahlkreisbüro: Wilsnacker Straße 1, Kyritz  
Wahlkreismitarbeiter **JUSTIN KÖNIG**  
Tel: 033971 32857 Fax: 033971 32893  
E-Mail: koenig@kirsten-tackmann.de  
Sprechzeiten: Mo. u. Di. 9.30 – 14.30 Uhr

Wahlkreisbüro: Schinkelstr. 13, Neuruppin  
Wahlkreismitarbeiter **PAUL SCHMUDLACH**  
Tel.: 03391 2383  
E-Mail: schmudlach@kirsten-tackmann.de  
Sprechzeiten: Mo. – Do. 10.00 – 16.00 Uhr

Wahlkreisbüro: Burgstraße 27, Wittstock  
Wahlkreismitarbeiter **CHRISTIAN RICHTER**  
Tel: 03394 4007504  
E-Mail: richter@kirsten-tackmann.de  
Sprechzeiten:  
Mo., Di. + Do. 09.00 – 12.00 Uhr

### RONNY KRETSCHMER

Landtagsabgeordneter, Sprecher für Haushalts- und Finanzpolitik sowie Gesundheits- und Pflegepolitik  
Wahlkreisbüro: Schinkelstr. 13, Neuruppin  
Wahlkreismitarbeiterin **JENNY SALZWEDEL**  
Tel: 03391 5123477  
E-Mail: ronny.kretschmer@linksfraktion-brandenburg.de  
Sprechzeiten: Di. + Do. 08.00 – 15.00 Uhr

### DIE LINKE. OSTPRIGNITZ-RUPPIN

Kreisgeschäftsstelle Neuruppin  
Schinkelstr. 13, 16816 Neuruppin  
Tel: 03391 655420  
Fax: 03391 655422  
www.dielinke-opr.de  
E-Mail: kv@dielinke-opr.de  
Sprechzeiten: Di. + Do. 10.00 – 13.00 Uhr  
14.00 – 16.00 Uhr

Kreisgeschäftsführer **LUKAS BLANK**  
Termine nach Absprache

Kreisschatzmeisterin **KERSTIN BRENDLER**  
1. Freitag im Monat: 16.00 – 18.00 Uhr

Vorsitzender der Kreistagsfraktion  
**JUSTIN KÖNIG**, info@linksfraktion-opr.de  
1. Montag im Monat: 16.00 – 19.00 Uhr

Weitere Informationen unter:  
www.linksfraktion-opr.de

Geschäftsstelle Kyritz  
Wilsnacker Str. 1, 16866 Kyritz  
Tel: 033971 72086  
Fax: 033971 32893  
E-Mail: bock@dielinke-opr.de  
Sprechzeiten: Do. 10.00 – 11.30 Uhr

Geschäftsstelle Wittstock  
Burgstraße 27, 16909 Wittstock  
Tel: 03394 4018699  
E-Mail: wittstock@dielinke-opr.de  
Sprechzeiten: Di. + Do. 09.00 – 12.00 Uhr

Geschäftsstelle Rheinsberg  
Schlossstraße 20, 16831 Rheinsberg  
E-Mail: rbg-ldw@dielinke-opr.de  
Sprechzeiten: Di. 17.30 – 18.30 Uhr

## Buchtipps

**Petra Pau**  
**GOTT HAB SIE SELIG**

Neue  
Anekdoten  
von  
anomal  
bis  
digital



## Termine (Aktualisierungen auf [www.dielinke-opr.de](http://www.dielinke-opr.de) beachten)

Freitag 24.09.2021	<b>Infostände mit Anja Mayer</b> 10 Uhr Kyritz, 12.30 Uhr Neustadt, 15 Uhr Wusterhausen
Sonntag 26.09.2021	<b>Wahlparty RV DIE LINKE. Kyritz-Neustadt-Wusterhausen</b> ab 17.30 Uhr, Geschäftsstelle Kyritz
Sonntag 26.09.2021	<b>Wahlparty RV DIE LINKE. Wittstock-Heiligengrabe</b> ab 17.30 Uhr, Geschäftsstelle Wittstock
Sonntag 26.09.2021	<b>Zentrale Wahlparty DIE LINKE. Ostprignitz-Ruppin</b> ab 17.30 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin

**Bildrechte:** (1), (2), (3), (4) Wikimedia Commons (5) AdobeStock 210578764 (6), (7), (8), (9), (10) Anja Mayer (11), (12) Jürgen Schubert (13) DIW (14) Wikimedia Commons (15) DIE LINKE Landesverband Sachsen (16) DIE LINKE (17) Quintus-Verlag

Herausgeber: **DIE LINKE. Ostprignitz-Ruppin** Kreisvorstand, Schinkelstraße 13, 16816 Neuruppin

V.i.S.d.P. Ines Nowack, E-Mail: [redaktionml@dielinke-opr.de](mailto:redaktionml@dielinke-opr.de)  
Leitender Redakteur: Justin König  
Redaktion: Hans Schaefer, Jürgen Schubert.

Nicht redaktionell gekennzeichnete Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers oder der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugswweisen Wiedergabe von Zuschriften vor.